

Rheinische Volkskraft

Verlagspreis: M. 6.00 einschl. Beilagen. Postbezug M. 7.00 einschl. Postgebühren. Redaktion u. Hauptgeschäftsstelle: Domstr. 6. Fernr.: A 4812, A 7777 u. A 8714. Zweigstellen: Breitenstr. 85, Fernr. A 6636, Wülheim: Regentstr. 16, Fernr. 1940 Amt Wülheim

Offizielles Organ der Zentrumspartei
Amtl. Kreisblatt für den Landkreis Köln

Kölner Local-Anzeiger - General-Anzeiger für die rheinische Hauptstadt und fremdenblatt
Mittelheimer Volkszeitung.

Anzeigenpreis: Die einsp. Kolonnen-Zeile 1,50 M., dritte u. letzte Seite 1,70 M., Platzanw. 10 Proz. Zusätzl. Familienanz. 1,40 M., Stellenges. nied. Art 1,20 M., Kellnerspreis: Die Kolonnen-Zeile 6 M., zweite Seite 7 M., Platzanw. 10 Proz. Zusätzl. Offertengebühr 50 Pf.

Der Wahlausfall.

Wenn man die in Köln-Stadt am 20. Februar 1921 abgegebene Stimmzahl (rund 257 000) vergleicht mit derjenigen, die bei der Reichstagswahl am 6. Juni 1912 herauskam (rund 253 000), dann ist die Wahlbeteiligung nicht wesentlich anders geworden. Der Vergleich ist also ziemlich einfach. Er zeigt folgende runde

	Zunahme	Abnahme
Zentrum	12 000	—
Demokraten	—	1 000
Deutsche Volksp.	500	—
Deutschnationale	6 000	—
M.S.P.	300	—
U.S.P.	—	25 000
Kommunisten	21 300	—

Viele nehmen an, die Zunahme des Zentrums sei hauptsächlich darauf, daß die hier nicht angetretene Christliche Volkspartei diesmal keine eigenen Kandidaten aufstellte und daß ihre rund 2000 Stimmen, die sie bei der Reichstagswahl hatte, dem Zentrum beinahe reines zugesprochen seien. Diese Rechnung ist irrig. Das ist leicht zu beweisen. Nämlich: Wo sollen die Deutschnationalen im Rahmen annähernd gleicher Gesamtstimmengabe ihren Zuwachs von 6 000 herhaben? Von den Einsparten? Ausgeschlossen! Von den Demokraten? Unwahrscheinlich. Bleiben Zentrum, Christliche Volkspartei und Deutsche Volkspartei. Dieses spricht dafür, daß alle drei an die Deutschnationalen abgegeben haben

Die Mehrheitssozialisten konnten zwar ihre Zahl behaupten, weil einige tausend U.S.P.-Stimmen vernünftiger geworden und zur M.S.P. zurückgekehrt sind. Der Rest des Verlustes der Unabhängigen ist den Kommunisten zugute gekommen. Es ist schon so, wie wir in unserem letzten Wahlartikel schrieben: U.S.P. hängt in der Luft und muß sich für M.S.P. oder Kommunismus entscheiden. Wir sind grundsätzliche Gegner der Mehrheitssozialisten und doch begreifen wir jeden Gewinn, den sie auf Kosten der Kommunisten im U.S.P.-Lager machen. Wir freuen uns der Entwicklung der M.S.P., bis hin zum Kommunismus nicht! Wir denken in diesen Dingen nicht parteipolitisch, sondern staatsbürgerlich. Wenn auch die Gegensätze zwischen Zentrum und Mehrheitssozialdemokratie nie zu überbrücken sind, so bleibt doch anzunehmen, daß mit der M.S.P. Politik im Staate zu machen ist. Das ist mit Eiferern, Anführern gegenüber der demokratischen Republik und denen, die sich Mosauer Wahnsinn mit Haut und Haar verschrieben haben, nicht möglich. Sie bilden ständig Seminare und Seminare für staatszerstörerische Arbeit in der demokratischen Republik. Wir halten Zentrumspolitik für die gesündeste und richtigste und haben deshalb den Wunsch, daß deutsches und preußisches Parteienwesen sich immer enger um die Partei der Mitte kristallisieren möge. Jeder Extrem, Deutschnationale rechts, Kommunisten links, ist ein Hindernis dafür. Die gesunde Politik der Mitte wird gerade im neuen Deutschland der Preußen immer mehr als Rettung angesehen, auch deswegen, weil sie sich auf christliche Grundsätze stützt. Es ist ein großer Wahlsieg der Mehrheitssozialdemokratie, wenn die Rheinische Zeitung (Nr. 43 vom 21. Februar 1921) in einer Wahlbetrachtung schreibt:

„Unerschütterlich ist das Zentrum geblieben. Es scheint sogar da und dort Stimmenzunahmen buchen zu können. Zu berücksichtigen ist aber, daß ihr Zuwachs sich so gut wie lediglich auf Frauenstimmen stützt. Die Zentrumspartei ist Ruhestätte des Frauenstimmrechts. Man wird damit rechnen müssen, daß dies noch eine gewisse Zeit anhält, bis auch die Frauen gelernt haben, sich politisch zu unterrichten. Sehr zutreffend kam der Frauenagitation des Zentrums die passivere, antichristliche Agitation der Kommunisten. Überall benutzten die Werber des Zentrums kommunistische Hetzreden gegen die „Pfaffen“, um blutige Schredenspunkte vorzutreiben und die um die Religion besorgten Gemüter in den Zentrumslager zu reizen. Nicht die Politik des Zentrums, sondern der granitine Bau der katholischen Kirche hat wieder einmal in allen Weiten standgehalten. Es muß in vielen Millionen unser Volksgenossen ein tiefes heiliges Bedürfnis für den Katholizismus vorhanden sein. Aber dies verkennt, treibt eine verhängnisvolle Politik, die nur zum Nutzen der Zentrumspartei werden kann.“

Das vorläufige amtliche Ergebnis

Bei der Wahl am 20. Februar 1921 in Köln-Stadt haben nach dem vorläufigen amtlichen Ergebnis

Männer:	Frauen:
Zentrum 41 207	Zentrum 61 789
Demokraten 6 496	Demokraten 4 923
Deutsche Volkspartei 19 451	Deutsche Volkspartei 17 644
Deutschnationale Volkspartei 6 290	Deutschnationale Volkspartei 6 604
M.S.P. 40 429	M.S.P. 26 802
U.S.P. 3 367	U.S.P. 1 412
Kommunisten 14 418	Kommunisten 6 932

insgesamt abgegeben

Zentrum 102 996 Stimmen
Demokraten 11 419 „
Deutsche Volkspartei 37 095 „
Deutschnationale Volkspartei 12 894 „
M.S.P. 66 731 „
U.S.P. 4 779 „
Kommunisten 21 350 „

Es waren wahlberechtigt 215 227 Männer, von denen 132 135 oder 61,13 Proz. ihr Wahlrecht ausgeübt haben. Von den 248 450 wahlberechtigten Frauen haben 126 035 oder 50,50 Proz. gewählt.

Daraus spricht zu deutlich der Ärger über die guten Wahlerfolge des Zentrums, die nicht nur in Köln, sondern fast überall zu verzeichnen sind, wenn die aus anderen Bezirken einfließen, daß die Nachrichten stimmen. Und warum sollten sie nicht stimmen? Die alte Frage der M.S.P. über die „bösen“ Frauen, die so gänzlich nach links wollen! Politisches Bekenntnis ist, wenn es etwas Ganzes sein soll, Weltanschauungsfrage und ist es jetzt mehr denn je.

Unsere Frauen sind also politisch sehr gut beraten und mit viel feinerem Gefühl für das Richtige begabt, als manche Männer, wenn sie Zentrum wählen. Darüber hinaus wird sich die Mehrheit sozialdemokratischer Parteien gewöhnen müssen, daß der Erfolg der Zentrumspolitik, daß ihr Verzicht auf Opposition und Agitation für die Partei als Selbstzweck, ihr immer mehr von denen zurückgewonnen wird, die auf sozialistische Schlagwörter vorübergehend angezogen haben.

Es sind bei der M.S.P. viele Männer, die ihrem Glauben vorübergehend den Rücken wandten und in denen nun das Sehnen nach dem Katholizismus, der Menschen wirklich innerlich zu beglücken vermag, größer geworden ist, als die hypnotisierende Wirkung sozialistischer Ideen und Versprechungen. Sie erkennen, daß auch Politik bestimmt werden muß von christlichen Grundideen und sie sehen ein, daß das nicht „Verzweiflung“ von Religion und Politik, sondern notwendiger Zusammenhang ist. Worauf die Sozialdemokratie immer wie auf Granit beissen wird, das ist nicht die Macht der Kirche als Geistesrichtung, sondern das ist die allen Irrtum, politischen und religiösen Irrtum überwindende, befreiende Kraft des Christentums! Hier liegen die Wurzeln der unüberwindlichen Kraft unserer Partei. Deshalb lächeln wir des Versuches, unserer Partei Herr werden zu wollen!

Gesamtergebnis von Köln-Land:

3. 20402, Dem. 788, D. Sp. 1916, Dn. Sp. 795, M.S.P. 11576, U.S.P. 47, Kom. 2722. Gegenüber der letzten Reichstagswahl haben das 3. + 1467, Dem. — 323, D. Sp. — 9, Dn. Sp. + 604, M.S.P. + 226, U.S.P. und Kom. zusammen — 1149 Stimmen erhalten. Das Zentrum hat in 40 Ortschaften (von 48) zugenommen. Zum Kreisstag sind als gewählt zu betrachten: 15 Zentrumskandidaten, 1 Dn. Sp., 1 D. Sp., 1 Dem., 5 M.S.P. und 2 Kom.

Folgende Ortschaften haben besonders gut abgeschrieben: Weiden, Löbenich, Weich, Sürth, Bockem, Einthorn, Pulheim, Rülchen, Pech, Berg-

dorf und Aachen, wo das Zentrum trotz der weit überwiegenden Bergarbeiterbevölkerung mehr als die Hälfte aller Stimmen bekommen hat.

Dandweiler. 3. 145, Dem. —, Dn. 8, Dn. 4, M.S.P. 112, —, Kom. 21.
Mehnenich. 3. 237, Dem. 4, Dn. 9, Dn. 4, M.S.P. 233, —, Kom. 18.
Weyen. 3. 252, Dem. —, Dn. —, Dn. —, M.S.P. 40, —, Kom. 1.
Nierberg. 3. 523, Dem. 3, Dn. 56, Dn. 2, M.S.P. 703, —, Kom. 64.
Nobdenkirchen. 3. 708, Dem. 181, Dn. 281, Dn. 52, M.S.P. 519, —, Kom. 210.
Einersdorf. 3. 251, Dem. —, Dn. 6, Dn. 15, M.S.P. 14, —, Kom. 50.
Weich. 3. 248, Dem. 11, Dn. 19, Dn. —, M.S.P. 143, —, (Nur in Anspand gewählt).
Schwadorf. 3. 190, Dem. —, Dn. —, Dn. —, M.S.P. 52, —, Kom. 1.
Vollmer. 3. 181, Dem. —, Dn. —, Dn. —, M.S.P. 18, —, Kom. 1.
Landkreis Bonn. 3. 18894, Dn. 3, 3176, Dn. 3, 2879, Dem. 953, M.S.P. 5933, Unabh. —, Komm. 1184.

Zur Preußenwahl.

Berlin, 21. Febr. Preussische Landtagswahlen. Bis 3 Uhr nachmittags können 130 Abgeordnete als gewählt gelten. Davon entfallen auf die Deutschnationalen 30, auf das Zentrum 22, auf die Deutsche Volkspartei 18, auf die Demokraten 4, auf die Mehrheitssozialisten 38, auf die Unabhängigen 9, auf die Kommunisten 7 Sitze. Auf die Wirtschaftspartei und auf die Welsen entfällt bisher je ein Sitz.

Berlin, 21. Febr. (Eig. Drahtb.) Das Ergebnis der gestrigen Wahl, soweit es sich bis jetzt übersehen läßt, entspricht ungefähr den Berechnungen der Politiker, bringt also im allgemeinen keine Überraschung. Die bürgerlichen Parteien haben in ihrer Gesamtheit einen Stimmenverlust zu verzeichnen. Der Zustrom zu der Deutschnationalen ist nicht ganz so stark, als sich mancher geträumt haben mag, und entspricht nur auf Kosten der Deutschen Volkspartei, die starke Einbuße erlitten hat. Die Demokraten trösten sich damit, daß sie besser abgeschnitten hätten, als sie erwartet haben. Das Zentrum ist die einzige Partei, die auf zuverlässige geschlossene Wählermassen blicken kann und nicht von der Masse Angst und Latenz abhängig ist. Die verlorenen Stimmen der Un-

abhängigen sind ungefähr gleichemasse dem Zentrum und den Mehrheitssozialisten zugute gekommen. Aber ein nicht unbeträchtlicher Teil der früheren Wählerstimmen blieb zu Hause.

Die Freiheit liegt auch in bewogen Worten und sucht in einem recht lang gehaltenen Artikel mit allerlei Gründen die Wirkung des Diktums-falles abzuwehren. Ueber die Form der Regierungsbildung in Preußen zu sprechen, scheint noch verfrüht zu sein, solange nicht das endgültige Ergebnis bekannt geworden ist. Immerhin kann festgestellt werden, daß die bisherige Regierungskoalition ihre Mehrheit nicht verliert, doch läge es im Interesse der Fühlung der Reichspolitik, wenn es gelänge, im Reich und Preußen eine homogene Koalitionserregierung zu bilden. In diesem Falle müßten dem Eintritt der Deutschen Volkspartei in die preussische Regierung als Gegenleistung die Sozialisten folgen. Dem Vernehmen nach sollen innerhalb der sozialistischen Partei innerhalb der preussischen Reichstagsversammlung, die bereit sind, mit der Deutschen Volkspartei zusammen zu gehen, an der Regierung zu beteiligen.

Die Wahl in Berlin.

Berlin, 21. Febr. (Eig. Drahtb.) Soweit es sich bis jetzt übersehen läßt, ergeben sich für die Bestimmungen in Großberlin keine bedeutenden Änderungen mehr. Die Mehrheitssozialisten haben also für Berlin folgende Vertreter in die Landesversammlung zu entsenden: Staatsminister a. D. Hirsch, Finanzminister Lüdemann, Reichsanwalt Gustav Holzer, Gertrud Hanna, Redakteur Kuttner; die Unabhängigen werden vertreten durch Redakteur Leid, Rechtsanwalt Liebknecht, Parteisekretär Meier, Dr. Weyl, die Deutschnationale Volkspartei: Staatsminister a. D. Hergt, Dr. Kaufmann, Arbeitssekretär Ruffel und Pfarrer Koch; Deutsche Volkspartei: Hugo Garnich, Dr. Wolff, Dr. Mulat; Demokraten: Minister F. H. Beck und Präsident der Handelskammer Mahars; das Zentrum durch Geheimen Regierungsrat Dr. Fajbender; die Wirtschaftspartei durch Holzamer aus Charlottenburg.

Beratungen der Regierungsparteien.

Berlin, 21. Febr. (Drahtb.) Wie die Telegraphen-Union erfährt, wollen schon heute im Laufe des Tages maßgebende Vertreter der drei Regierungsparteien des Reichstages miteinander in Beratung treten, um die Ausarbeitung der Preußenwahlen auf die Gestaltung der Regierung im Reich und in Preußen untereinander zu besprechen. Man nimmt an, daß morgen eine Besprechung der Führer der Regierungskoalition beim Reichskanzler stattfinden wird. Man glaubt allerdings, daß die Frage der Erweiterung der Regierungsbasis im Reich nicht ausschließlich von dem Ausfall der Preußenwahlen beeinflusst werden wird, sondern sehr wesentlich auch von dem Gang der Dinge in London, die umgekehrt auch auf die Regierungsbildung in Preußen einwirken werden. Danach neigt man vielfach zu der Ansicht, daß die gegenwärtige Koalition im Reich und in Preußen nur noch ein kurzes provisorisches Dasein dürfte und neue Entscheidungen in den ersten Tagen des März fallen werden.

Die Berliner Beratungen für London.

Berlin, 21. Febr. (Eig. Drahtb.) Die Verhandlungen sind, wie von un-terrichteter Seite behauptet wird, inzwischen so weit fortgeschritten, daß man damit rechnet, in der Dienstag-Sitzung zur Aufstellung der Hauptgrundzüge zu gelangen. Diefelben sollen dann am Mittwoch dem Kabinett vorgelegt werden und wenn sie dessen Zustimmung finden, an den folgenden Tagen im Sachverständigenausschuß genau ausgearbeitet werden. Reichsminister Dr. Simons, der von einer Reise nach Süd- und Westdeutschland zurückgekehrt ist, hat an der Montag-Sitzung noch nicht teilgenommen. Jedoch rechnet man mit seiner Anwesenheit von Dienstag ab. Wenn gestern die Meldung verbreitet wurde, daß Vorschläge von Walter Rathenau über ein Zusammenarbeiten deutscher und französischer Wirtschaftskruppen im Mittelpunkt der Sachverständigenverhandlungen gestanden haben, so ist demgegenüber festzustellen, daß diese Nachricht frei erfunden ist. Bekanntlich sind die Verhandlungen der Sachverständigenkommission streng vertraulich, so daß alle Angaben aus derselben auf Kombinationen beruhen.

Köln und Umgebung

Gegen Selbstherrlichkeiten.

Jede freizuerwerbende Wohnung unterliegt der Verfügung des Wohnungsamtes. Der Hausbesitzer oder der Mieter hat kein Recht, selbstherrlich über eine Wohnung zu verfügen, auch nicht, wenn 8 Tage nach der Anmeldung der Wohnung das Wohnungsamt seinen bestimmten Mieter bezieht hat.

Das Wohnungsamt ist nur gehalten, innerhalb 8 Tagen nach der Anmeldung zu erklären, ob es die Verfügung über die Wohnung an sich nimmt. Das geschieht in Köln in jedem Falle bei der Anmeldung der Wohnung dem Anmeldebescheid gegenüber durch Ausübung eines Schriftstückes, das die Entschlüsselung des Wohnungsamtes enthält.

Das Wohnungsamt braucht also nicht innerhalb 8 Tagen einen bestimmten Mieter zu bezeichnen. Das ist in sehr vielen Fällen unmöglich, da im Interesse einer gerechten Zuteilung der Wohnung fast immer Ermittlungen angestellt werden müssen.

Wenn die Wohnung, wie es Vorschrift ist, sofort nach der Anmeldung dem Wohnungsamt angemeldet wird, stehen in der Regel 4 Wochen bis zum Freiwerden der Wohnung zur Verfügung, jedoch ein Rückschlag infolge verspäteter Entscheidung des Wohnungsamtes nicht zu entfallen braucht, auch nicht entfällt, wenn nicht seitens des Verfügungsberechtigten dem Eingewiesenen Schwierigkeiten gemacht werden.

Nimm dir was, so hast du was...

Suchen Sie sich eine Wohnung, dann haben Sie eine! So soll angeblich den Wohnungssuchenden am Wohnungsamt gesagt werden. Das stimmt nicht. Eine Zusage, wonach jemand eine selbstsuchte Wohnung auch bekommt, kann kein Beamter des Wohnungsamtes geben, weil die Zuteilung der Wohnungen nicht durch die Beamten, sondern durch die Kommissionen erfolgt. Der Rat: „Suchen Sie sich eine Wohnung dann haben Sie eine größere Aussicht, eine zu kriegen“ wird gewöhnlich dann gegeben, wenn die Wohnungssuchenden über die zahlreichen vergeblichen Besuche beim Wohnungsamt unangehalten sind und verzweifelt fragen: „Was sollen wir denn machen um eine Wohnung zu bekommen?“ Wer eine Wohnung ausfindig macht und dem Wohnungsamt mitteilt, hat, wenn sie ihrer Größe nach zur Aufnahme seiner Familie paßt, die Sicherheit, daß er in die engere Wahl kommt. Mehr kann ihm nicht zugesagt werden, weil sonst die Befragung einer Wohnung keine Befragung wäre, sondern eine Frage guter Beziehungen sein würde.

Die Reihenfolge der Dringlichkeit.

In der Bürgerchaft ist vielfach die Meinung verbreitet, daß bei der Zuteilung der Wohnungen die Dringlichkeit gegenüber den Notwendigen zu berücksichtigen ist. Das trifft nicht zu. Die von außerhalb stehenden Personen sind nach gesetzlicher Bestimmung, wenn sie aus dringenden Gründen des Berufs oder Gewerbes ihren Wohnsitz nach Köln verlegen, bei der Zuteilung der Wohnungen den Wohnungssuchenden gleichgestellt.

Ein Zugangsverbot für Köln besteht nicht, ist im Einzelfall auf das Freiheitsrecht und nicht zu verstoßen. Doch ist mit Rücksicht auf die Wohnungsnot wiederholt öffentlich vor Zugang nach Köln gewarnt worden.

Die Wohnungszuteilungskommission hat in Köln, bei der Vergabe von Wohnungen für Einheimische und Zugewandene folgende Reihenfolge der Dringlichkeit angenommen:

- a) Ehepaare, b) Wohnungssuchende mit Kindern, c) alle übrigen nach Maßgabe der Dringlichkeit.

Mehr Vertrauen, bitte!

Mehr Sachlichkeit, weniger Selbstsucht!

Das Wohnungsamt schreibt uns: Im Gegensatz zu vielen anderen Großstädten, beispielsweise Düsseldorf und Essen, in denen die Vergabe von Wohnungen durch Beamte des Wohnungsamtes erfolgt, ist hier in Köln die weitestgehende Mitwirkung des interessierten Publikums gesichert. In den Kommissionen sitzen Vertreter und Angehörige des Haus- und Grundbesitzes und der Mietervereine, der freien und christlichen Gewerkschaften. Die Entscheidungen der Kommissionen werden am Wohnungsamt zwecks Kontrolle durch die Öffentlichkeit ausgehängt. Es besteht somit die größtmögliche Gewähr für eine gerechte und unparteiliche Vergabe der Wohnungen!

Wenn trotzdem in der Öffentlichkeit immer und immer wieder Klagen über das Wohnungsamt erhoben werden, so handelt es sich in der Regel um einseitige Darstellungen eines Beteiligten, der sich nicht damit abfinden kann, daß er zu Gunsten eines Bedürftigeren hat zurücktreten müssen. Jeder hält in der Regel seinen Fall für den dringlichsten. Es kann aber, wenn 20 Bewerbungen um eine Wohnung vorliegen, selbst wenn sie alle überaus dringend sind, immer nur einer die Wohnung bekommen und die 19 Ausgeschiedenen werden unzufrieden sein. Es ist ebenso verkehrt, das Wohnungsamt für die Wohnungsnot verantwortlich zu machen, als wenn man die

Staatsanwaltschaft für Diebstähle und Verbrechen zur Rechenschaft ziehen wollte. Gleiche Vorwürfe, wie gegen das Kölner Wohnungsamt werden übrigens in allen Städten, in denen Wohnungsnot besteht, gegen die Wohnungsämter erhoben. Überall werden die Wohnungsämter der „Ungeheuerlichkeit“, der „Verzerrung“ einzelner usw. bezichtigt, überall erheben die Einheimischen Klagen über Zurücksetzung gegenüber den Auswärtigen. Die Zugewandenen andererseits beklagen sich, daß ihnen nur deshalb keine Wohnung zugewiesen werde, weil sie von auswärtig seien.

Ein weiterer Vorwurf, der hier und anderwärts häufig erhoben wird, ist der der „Unhöflichkeit der Beamten“. Bei beiderseitig guten Willen — und den kann man verlangen — wird eine angemessene Verhandlungsart ergeben. Aufgeregte Wohnungssuchende — mit der Zeit werden sie fast alle aufgeregt — regen auf die Dauer auch den ruhigsten Beamten auf, besonders, wenn ungerechte Vorwürfe erhoben werden.

Der Wohnungssuchende sollte bedenken, daß der Dienst der Beamten beim Wohnungsamt in engen, überfüllten Räumen mit unzufriedenem Publikum abgeleistet wird, der Beamte sollte berücksichtigen, daß das Publikum oft in verzweifelter Lage ist; beide Teile sollten daher nicht jede Neuerung tragisch nehmen.

In Köln herrscht übrigens, gemessen an den Verhältnissen anderer Städte, noch ein erträgliches Verhältnis zwischen Wohnungsamt und Publikum. Es war hier noch nicht nötig, ständig Schulkinder zum Wohnungsamt zu kommandieren, wie es in München, Berlin und anderen Großstädten z. B. geschehen mußte! Nützlich ist aber auch in Köln, daß das Vertrauen des Publikums zum Wohnungsamt wächst. Es würde dann nicht mehr so oft vorkommen, wie heute, daß in so vielen Fällen gegen die Entscheidung des Wohnungsamtes die Aufsichtsbehörde in Anspruch genommen wird. Die Aufsichtsbehörde hat bisher fast ausnahmslos die Entscheidungen des Wohnungsamtes gebilligt, jedoch die Beschwerden eine unnötige Belastung der Beamten und der Aufsichtsbehörde darstellen.

* Film-Vorführung. Am nächsten Sonntag, den 27. Febr., vormitt. 11 Uhr, wird im Filmtheater Hofstraße 11/13 (die Direktion steht in liebenswürdiger Weise das Lokal zur Verfügung) ein Lehrfilm für Leichtathleten (Lauf, Wurf und Sprung) gegen ein kleines Eintrittsgeld gezeigt und durch den bekannten Sportlehrer Busch, Oberfeld, erläutert. In den Sportplätzen Lauer u. Jülich wird ein Kartenverkauf eingerichtet.

* Die Kölner Vereinigung für Deutsche Kunst eröffnet am Mittwoch, den 23. Febr., und Donnerstag, den 24. Febr., um 7 und um 8 Uhr abends, in der Schule Kolmbachstraße 2, je einen Anfängerkurs für Damen und Herren. Das Nähere ist aus dem Anzeigenteil ersichtlich.

* Der Bund kriegsbeschädigter Beamten, Lehrer, Beamtenanwärter, Kriegsteilnehmer und Hinterbliebenen hält am Freitag, den 25. Februar, 7½ Uhr abends im Saale der Wirtschaft Groß, Gelsenstein 80, seine Mitgliederversammlung mit Vortrag über Steuerbefreiungen ab. Mitglieder und Interessenten sind eingeladen.

* Dem deutschen Publikum ist es streng verboten, Opiumschmuggel zu betreiben, die mit dem erlassenen Stempel versehen sind und für die die Vergabe reicherlicher Preise gilt. Für diese Karten ist keine Steuer entrichtet worden. Die unbedingte Befreiung macht sich daher der Steuerhinterziehung schuldig. In den letzten Tagen ist wieder eine Reihe von Personen, die ihnen von britischen Soldaten überlassene Karten unbedinglich benutzt haben, durch die britische Militärpolizei zur Anzeige gebracht worden.

* Ein Feuermenschieber wurde von der städt. Polizei ermittelt. Der 80-jährige alternde Mann ohne Großverdienst verbrachte seinen Lebensabend in der Unterstadt. Er hatte sich heraus, daß die Angewandtheit bei einer hiesigen Handwerkskammer gelte.

* Bei einer Razzia am Ehrenfelder und Kölner Bahnhof konnte die städtische Polizei wieder eine größere Anzahl Schmeißer und Schieber festnehmen, die Zigaretten, Mehl, Kaffee, Tabak usw. bei sich führten. Mehrere Kinder von 14—15 Jahren, die von den Eltern zu diesen unehrlichen Geschäften angeblich wurden, waren unter den Schiebern.

Rus Nah und fern

London, 20. Febr. Savas. Der französische Ministerpräsident Briand ist heute abends gegen 5.30 Uhr hier eingetroffen. Drei Stunden früher als ursprünglich vorgesehen war. Er wurde am Bahnhof u. a. von Lord George und dem französischen Botschafter empfangen und begab sich, nachdem er einige herzliche Worte mit Lord George ausgetauscht hatte, sofort in sein Hotel.

Washington, 20. Febr. Der Senat verabschiedete durch einstimmigen Beschluß ein Gesetz, das die Einwanderung, die Einschränkung der Einwanderung, die Anzahl beschränkt für die verschiedenen Nationalitäten die Zahl der Einwanderer in die Vereinigten Staaten auf 3 Prozent der Staatsangehörigen des gleichen Landes, die sich bereits in den Vereinigten Staaten niedergelassen haben.

Kirchliches

* Rektor Peter Schüttgen von Troisdorf, zuletzt im Alexanderkloster zu Lindenthal, ist im Alter von 72 Jahren und im 42. Jahre seines Priesteramtes gestorben.

* Ernennung zum Pfarrer. Der Pfarrer an der Arbeitskathol. St. Marien in Köln, wurde zum Pfarrer von St. Anna in D. Gladbach ernannt.

Volkswirtschaft und Handel

Umsatzsteuer bei Einquartierung.

Das Umsatzsteueramt der Stadt Köln schreibt uns:

Der Reichsminister der Finanzen hat auf Antrag des städtischen Umsatzsteueramtes genehmigt, daß diejenigen Personen in den besetzten Gebäuden, die an Mitglieder der internationalen Kommission und der Befehlshaber sowie deren Angehörige vermietet, von der auf dieser Vermietung lastenden Umsatzsteuer ausnahmsweise befreit sein sollen. Diese Befreiung soll jedoch nicht für diejenigen Kreise der Bevölkerung gelten, zu deren Gewerbe im Sinne der Gewerbeordnung Vermietungen gehören, z. B. Hotels, Pensionen, Fremdenheimen.

Das Umsatzsteueramt sieht von der Besteuerung der hierdurch an freiziehenden Vermieter ab, sofern von diesen Vermietern bereits Umsatzsteuer-Erklärungen abgegeben und hierin darauf hingewiesen worden ist, daß es sich um Militär-Einquartierung handelt. Die übrigen Vermieter, die 1920 militärische Einquartierung hatten, deren gleichfalls Steuererklärungen abgegeben sind, werden zur Vermietung von Einquartierungen erfaßt. Diese dem Umsatzsteueramt mit entsprechender Erklärung abzugeben.

Die bisher schon vom Umsatzsteueramt vertretene Auffassung ist bestätigt worden, daß nämlich Vermieter einquartierter Räume auch dann Umsatzsteuerpflichtig sind, wenn Abnahme-einweisung durch das Wohnungsamt vorliegt, wie auch, wenn der Vermieter freischaffende Mieter in einquartierte Räume aufnimmt, um einer Zwangsversteigerung zu entgehen.

* Bei Klappstiftendungen, deren beschleunigte Uebermittlung an den Empfänger gewünscht wird, ist Eilbestellung zu verlangen und die Eilbestellgebühr gleich im Voraus zu entrichten.

* Einkommenssteuermarken zu 25 M werden nicht mehr verkauft, nachdem bekannt geworden ist, daß tausend nachgebildete Marken in beträchtlicher Zahl in den Verkehr gebracht sind. Die echten Steuermarken zu 25 M behalten bis zum 28. Februar Gültigkeit, soweit sie bis zu diesem Tage in die Steuerarten eingeklebt und entwertet sind. Nach dem 28. Februar entwertete Steuermarken zu 25 M können in der Zeit vom 1. bis zum 31. März gegen Steuermarken anderer Werte an den Postämtern umgetauscht werden.

Börsenberichte.

* Kölner Warenbörse vom 21. Febr. Abteilung Chemikalien. Alumnium 180—200, Bleimennige 745, Bleiweiß 1215, Borax frisch 800, Boräure pulv. 1900, Chlorbarium 350, Chlorzink 625, Normaldehyd 30% 1050, Raffi, gelbblausaures 3200, Kupfererz 600, Naphthalin 650, Oxalsäure 1100, Salpater 650, Weinstein 3750, Weinsäure 4200, Zitronensäure 7900, Holzfä, Hanf, 1500, Terpentinöl, amerikan. 1475, Harz je nach Type 400—425, Gummi arabicum 1500, Baiskohl 1300 M für 100 Kilogramm, Brom-Kalkum 14, Hexamethylentetramin 125, Quecksilber 80 M für 1 Kilo. Besuch mäßig, Nachfrage lebhafter.

* Kölner Wertpapierbörse vom 21. Febr. Die neue Woche brachte eine kausale Böse bei teilweise guten Umsätzen. Im Industrie-Aktienmarkt waren Dabstahl Bergwerk in einem hohen mit 470 bezahlt bei weiterer Nachfrage; ebenso Rhein. Zucker mit 400; sonst waren Adler Brauerei, Humboldt Maschinen, Felten u. Guilleaume, Gasm. Deutz und Bielef. mech. Weber in der Höhe. Von Versicherungen alte und neue Münchener, Vaterland, Rheinania, Agrippina, Nachener Rüd und Concordia Lebens. Auch der Anleihenmarkt war belebt. Gehandelt wurden 4% Kölner Stadianl., 3% Rheinprovinzial, 4% Rheinboden, 4% Westboden Bldr. u. 4% Gasm. Deutz Schuldverschreibungen. Zufassung: A. 5 675 000 neue mit 25% eingezahlte Namensaktien der Colonia Köln. Feuer- und Köln. Unfall-Versicherungs-Aktiengesellschaft 5625 Stück zu je 1000 R. 1a bis 5625a.

* Berliner Börse vom 21. Febr. In der Börse herrschte bei Beginn der neuen Woche die gleiche Lustlosigkeit und Geldknappheit wie in der Vorwoche. Die Kurse unterlagen nur geringen Veränderungen. Nur in Hamburg-Südamerikanern, die um 45 Prozent stiegen, und in einzelnen Montanwerten kam es zu etwas lebhafteren Umsätzen. Von den letzteren erhöhten Bismarckhütte und Bochumer ihren Kursstand um 14, Thale um 50 Prozent. Auch Deutsche Waffen ließen bei später lebhafterem Geschäft eine Steigerung von 30 Prozent durch. Dagegen stellten sich Zellstoff Walsdorf, Gebr. Wölfer und Westeregeln je um 10, Argo und Goldschmidt um je

20 Prozent niedriger. Die Valuta und die sog. Abfindungswerte waren wenig verändert, Schanung erneut nachgebend. Für Bank- und Rentenwerte waren keine belangreichen Veränderungen zu verzeichnen. Für die Devisenkurse waren am Vormittag wesentlich höhere Preise als die später amtlich festgesetzten genannt.

Börsen-Preise.

Kölner Devisen.			
	18. Febr.	21. Febr.	
	Geld	Brief	Geld
1 engl. Pfd.	234	233	233,75 231,25
100 franz. Francs ..	433 1/2	433 1/2	441,00 441,70
100 belg. Francs ..	452	453 1/2	450 450
100 holl. Gulden ...	2047 1/2	2060	2102,00 2107,10
100 rum. Lei ..	—	—	—
1 amerik. D. (Noten)	58 1/2	59 1/2	61,00 61,80
100 schwed. Francs ..	985	990	1013,00 1016,10
100 italienische Lire	—	—	221,25 221,75
100 schwed. Kronen	—	—	1333,00 1336,40

Berliner Devisen.			
	18. Febr.	21. Febr.	
	Geld	Brief	Geld
Holland ... 100 Pfd.	211,55	212,15	211,65 212,15
Belgien ... 100 Pfd.	467	468	467 468
Österreich ... 100 Pfd.	1068,90	1071,10	1068,90 1071,10
Kong. ... 100 Kr.	1113,55	1116,15	1113,55 1116,15
Stapel ... 100 Kr.	1111,90	1114,50	1111,90 1114,50
Helsingfors 100 fin. M.	135,30	137,70	135,30 137,70
Kalmar ... 100 Lira	222,75	224,25	222,75 224,25
London ... 1 Pfd. Sterl.	243,25	243,75	243,25 243,75
New-York ... 1 Doll.	61,3 1/2	61,4 1/2	61,3 1/2 61,4 1/2
Paris ... 100 Pfd.	447,55	448,4	447,55 448,4
Schweiz ... 100 Pfd.	1023,95	1024,55	1023,95 1024,55
Spanien ... 100 Pes.	874,10	875,90	—
Wien (alte) ... 100 Kr.	—	—	—
Wien (abgest.) 100 Kr.	13,10	13,14 1/2	12,75 12,77
Prag ... 100 Kr.	70	70,30	70,15 70,35
Budapest ... 100 Kr.	11,45	11,52	11,58 11,62

Kölner Börsenkurse.			
	18. 2.	21. 2.	
A. Anleihen-Papiere:			
Aachener Stadt ..	93.—B	—	—
Bonner Stadt 1919 ..	—	—	90,75B
Kölner Stadt 1881 ..	91.—G	91.—G	91.—G
do. 1883—1901 ..	91.—G	91.—G	91.—G
do. 1900—1903 ..	93.—etB	93.—etB	93.—etB
do. 1.—III. Abl. 1912 ..	93,75etB	93,75etB	93,75etB
Kölner Stadt 1919 ..	93,75 etB	93,75 etB	93,75 etB
Mülheimer Stadt 1901 ..	93.—G	93.—G	93.—G
do. 1911 ..	93.—G	93.—G	93.—G
do. 1903 u. 1905 ..	91.—G	91.—G	91.—G
Neuer Stadt ..	90,50B	90.—G	90.—G
Rheinprovinz ..	95,25etB	95,25etB	95,25etB
Serie 5, 6 und 7 ..	—	—	—
Ser. 3 u. 10 12-17 19-24-29 ..	87,25B	87,25B	87,25B
Ausgabe 1918 ..	87,25B	87,25B	87,25B

B. Aktien:			
Barmer Bankverein ..	160,25G	160.—G	160.—G
Darmstädter Bank M. 1000 ..	170.—G	170.—G	170.—G
Deutsche Bank ..	234.—G	234.—G	234.—G
Diskonto-Kommandit-Anteile ..	234.—G	234.—G	234.—G
Essener Bank-Aktien ..	207.—G	207.—G	207.—G
Essener Kredit-Anstalt ..	—	—	—
Mitteldeutsche Credit-Bank ..	175,50G	175.—G	175.—G
Rh.-Westf. Boden-Cred.-Akt. ..	—	—	—
Aachen-Münch. Feuer-Vers. ..	3000G	3000G	3000G
Colonia. Köln-Feuer-Vers. ..	7400G	7400G	7400G
Gladbacher ..	2300G	2300G	2300G
Leipziger ..	3000G	3000G	3000G
Magdeburger ..	4500G	4500G	4500G
Vaterländische Rheinania ..	2000G	2000G	2000G
Rheinisch-Westfälisch-Lloyd ..	600G	600G	600G
Aachener Rück-Versich.-Ges. ..	1850G	1850G	1850G
Colonia ..	900G	900G	900G
Köln ..	2325G	2325G	2325G
Köln-Lloyd A. V. G. ..	1200G	1200G	1200G
Rhein-Westf. Rück-Versich. ..	530G	530G	530G
Concordia-Lebens-Versich. ..	1000G	1000G	1000G
Köln-Unfall ..	1200G	1200G	1200G
Viktoria zu Berlin ..	2200G	2200G	2200G
Köln-Hagel ..	—	—	—
Union ..	2300G	2300G	2300G
Adler-Brauerei-Aktien ..	250B	250B	250B
Bayenthaler Boden-A. G. 1000 ..	—	—	—
Felsen & Guilleaume-Aktien ..	470G	470G	470G
Gasmotoren Deutz ..	230B	230B	230B
Kalk-Brauerei ..	155G	155G	155G
Rh. Akt. V. f. Zuckerfabrik ..	3050G	3050G	3050G
Rh. Bau-Gesellschaft ..	700B	700B	700B
Rh. Wasserwerke ..	155G	155G	155G
Rhein-Westf.-Industrie ..	240G	240G	240G
Rhein-Westf. Sprengstoff ..	280,50G	280,50G	280,50G
Stollwerck Vorrags-Aktien ..	—	—	—
K. Baumw.-Spinn. M. 600 u. 1000 ..	255etB	255G	255G
Köln-Gummifäden ..	255etB	255G	255G
Viersener ..	255etB	255G	255G
Essalt-Aktien M. 1000 ..	—	—	—
Bonner Bergw. H.-V. M. 250 ..	560G	560G	560G
Humboldt ..	1870G	1870G	1870G
Kalk-Verzeugmasch.-Akt. ..	200B	200B	200B
Rheinische Braunkohlen ..	—	—	—
Düsseldorfer Dampf ..	440G	440G	440G
Köln Dampf ..	240G	240G	240G

Berliner Kurse.			
	18. 2.	21. 2.	
5% Deut. Reichs-Schatzanw. I ..	—	—	90,70
5% .. II ..	—	—	90,20
5% .. III ..	—	—	89,25
4% .. IV-V ..	—	—	88,25
4% .. VI-VII ..	—	—	87,25
4% .. VIII ..	—	—	86,25
4% .. IX ..	—	—	85,25
4% .. X ..	—	—	84,25
4% .. XI ..	—	—	83,25
4% .. XII ..	—	—	82,25
4% .. XIII ..	—	—	81,25
4% .. XIV ..	—	—	80,25
4% .. XV ..	—	—	79,25
4% .. XVI ..	—	—	78,25
4% .. XVII ..	—	—	77,25
4% .. XVIII ..	—	—	76,25
4% .. XIX ..	—	—	75,25
4% .. XX ..	—	—	74,25
4% .. XXI ..	—	—	73,25
4% .. XXII ..	—	—	72,25
4% .. XXIII ..	—	—	71,25
4% .. XXIV ..	—	—	70,25
4% .. XXV ..	—	—	69,25
4% .. XXVI ..	—	—	68,25
4% .. XXVII ..	—	—	67,25
4% .. XXVIII ..	—	—	66,25
4% .. XXIX ..	—	—	65,25
4% .. XXX ..	—	—	64,25
4% .. XXXI ..	—	—	63,25
4% .. XXXII ..	—	—	62,25
4% .. XXXIII ..	—	—	61,25
4% .. XXXIV ..	—	—	60,25
4% .. XXXV ..	—	—	59,25
4% .. XXXVI ..	—	—	58,25
4% .. XXXVII ..	—	—	57,25
4% .. XXXVIII ..	—	—	56,25
4% .. XXXIX ..	—	—	55,25
4% .. XL ..	—	—	54,25

